Opłata pocztowa uiszczona ryczałtem

Freitag, den 2. Oktober 1925.

Lodzer Volkszeitung

Einzelnummer 20 Groschen.

Nr. 133. Die „Lodzer Volkszeitung" erscheint täglich früh. An den Sonntagen wird die reichhaltige „Illustrierte Beilage zur Lodzer Volkszeitung" beigegeben. **Abonnementspreis:** monatlich mit Zustellung ins Haus und durch die Post Zl. 4.20, wöchentlich Zl. 1.05; Ausland: monatlich Zloty 5.—, jährlich Zl. 60.—. Einzelnummer 20 Groschen, Sonntags 25 Groschen.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: **Lodz, Petrikauer 109** Hof, links. **Tel. 36-90. Postscheckkonto 63.508.** Geschäftsstunden von 9 Uhr früh bis 7 Uhr abends. Sprechstunden des Schriftleiters täglich von 5 bis 6. Privattelephon des Schriftleiters 28-45.

Anzeigenpreise: Die siebengespaltene Millimeterzeile 10 Groschen, im Text die dreigespaltene Millimeterzeile 40 Groschen. Stellengesuche 50 Prozent, Stellenangebote 25 Prozent Rabatt. Vereinsnotizen und Ankündigungen im Text für die Druckzeile 50 Groschen; falls diesbezügliche Anzeige aufgegeben — gratis. Für das Ausland — 100 Prozent Zuschlag. **3. Jahrg.**

Vertreter in den Nachbarstädten zur Entgegennahme von Abonnements und Anzeigen: **Alexandrow:** Ferdinand Schlichting, Wierzbinska 16; **Bialystok:** B. Schwalbe, Stoleczna 43; **Konstantynow:** F. W. Modrow, Dluga 70; **Ozorkow:** Oswald Richter, Neustodt 505; **Pabianice:** Julius Walta, Sienkiewicza 8; **Tomaschow:** Richard Wagner, Bahnstraße 68; **Zdunska-Wola:** Berthold Kluttig, Zlota 43; **Zgierz:** Eduard Stranz, Rynek Kilinskiego 13; **Zyrardow:** Otto Schmidt, Hiellego 20.

Die Entdeutschung unserer Schulen.

„Polen gehört zu den ‚besten Klienten' des Völkerbundes", so wurde einmal in Genf gesagt. Oft genug hat es sich gegen Vorwürfe, die ihm von seiten der in den Grenzen Polens lebenden Minderheiten gemacht wurden, zu verteidigen gehabt. Nicht minder oft ist es jedoch selbst als Ankläger aufgetreten und hat sich darüber beschwert, daß die polnischen Minderheiten in Litauen und der Tschechoslowakei entrechtet und bedrückt werden. In diesen Fällen bildete den Hauptklagepunkt die Entrechtung der polnischen Minderheiten auf dem Gebiete des Schulwesens. Und wenn man die verschiedenen Artikel in der polnischen Presse über die Forderungen, Wünsche und Beschwerden der Polen in Deutschland liest, dann ist auch hier nicht weniger oft das gleiche Klagelied angestimmt: die polnischen Kinder müssen deutsche Schulen besuchen. Gerade von polnischer Seite ist auch im alten Oesterreich mit besonderem Nachdruck darauf hingewiesen worden, daß der Schulunterricht nur in der Muttersprache zu erfolgen habe. Diese Forderung wird heute in der ganzen Welt von niemandem mehr als etwas Außergewöhnliches, sondern als natürliches Recht angesehen.

Das alte Oesterreich war ein Nationalitätenstaat. Dies hat sich besonders in der Schulgesetzgebung ausgewirkt. Die Nachfolgestaaten sind sämtlich Nationalitätenstaaten. Auch Polen ist ein solcher, denn wenn von 28 Millionen Einwohnern über 10 Millionen anderen Völkerschaften angehören (Deutsche, Ukrainer, Weißrussen, Litauer, Russen, Juden), so kann doch kein vernünftiger Mensch die Behauptung aufstellen, daß Polen ein Nationalstaat ist.

Im Minderheitenschutzvertrag, den Polen bei Wiedererlangung seiner Selbständigkeit unterschreiben mußte, ist die Bestimmung enthalten, daß Polen verpflichtet ist, dort, wo Angehörige der Minderheiten in ansehnlicher Menge wohnen und vierzig oder mehr Schulkinder vorhanden sind, den Unterricht in der Muttersprache der Kinder zuzulassen. Dieses Recht steht auch den deutschen Schulkindern zu. Leider aber nur in den westlichen Gebieten Polens. Für die östlichen Wojewodschaften sind besondere Schulgesetze erlassen worden, nach welchen es nur polnische staatliche Schulen oder Schulen mit ukrainischer, weißrussischer oder litauischer Unterrichtssprache oder utraquistische Schulen, d. h. solche mit polnischer und einer der genannten Sprachen als Unterrichtssprache gibt. Die 60 000 Deutschen Galiziens und die 200 000 Deutschen Wolhyniens sind bei dieser Schulgesetzgebung vollständig übergangen worden.

Daß in unseren deutschen Schulen, privaten und öffentlichen, der **Unterricht in der polnischen Sprache auf das eifrigste gepflegt werden soll**, dagegen hat bei uns niemand etwas einzuwenden, wir wissen es sehr gut, daß die genaue Kenntnis der polnischen Sprache unserer Jugend im Leben sehr zu gute kommt; daß aber einem deutschen Kinde, das daheim nur seine Mundart spricht, die ersten Geheimnisse des Lesens, Rechnens und Schreibens in einer ihm ganz fremden Sprache beigebracht werden sollen, paßt durchaus nicht in eine Zeit, in der das Selbstbestimmungsrecht der Völker als Ideal angesehen wird, paßt auch durchaus nicht in einen Staat, dessen Vertreter bei jeder Gelegenheit versichern, daß es seiner Verfassung nach, der demokratischeste aller Staaten sei.

Es muß die Zeit kommen, wo die kulturelle Autonomie der Minderheiten auch bei uns Wirklichkeit wird, wie sie es schon in Estland geworden ist. Dann werden wir unser eigenes Schulwesen haben, für das der Staat entsprechend unserer Steuerleistung auch die nötigen Beihilfen gewähren wird.

Was dem einen recht ist, muß für den anderen billig sein: Auch wir Deutschen haben das Recht darauf unsere Jugend in unserer Muttersprache zu erziehen! Und dieses Rechtes wollen wir uns weder selbst begeben, noch wollen wir uns scheuen, darum mit allen uns **zu Gebote stehenden Mitteln zu kämpfen.**

D. V.

Der Wirtschaftsrat tagt.

Grabski brachte nichts Neues. — Die Bauernführer wollen von einem Wirtschaftsrat nichts wissen. — Die Debatten auf heute vertagt.

(Bericht unseres Korrespondenten.)

Gestern früh fand die erste Sitzung des neuen Grabskischen Parlaments, des Konkurrenzunternehmens für den Sejm — des vorläufigen Wirtschaftsrates statt. Anwesend waren die Vertreter verschiedener Wirtschaftsorganisationen, einige Abgeordnete und Senatoren als Vertreter ihrer Wirtschaftsorganisationen und ein Vertreter der Presse.

Die Sejmkreise nehmen zum Wirtschaftsrat eine negative Stellung ein. Man befürchtet mit Recht, daß Grabski aus dem Rat eine Art Konkurrenzunternehmen gegen den Sejm schaffen will. Aus diesem Grunde dürfte auch das Gesetz über die Schaffung eines ständigen Wirtschaftsrates im Sejm nicht viel Freunde finden.

Premierminister Grabski entwickelte sein Expose über die Wirtschaftslage, sprach aber sehr wenig über seine Projekte, über deren Existenz die Presse zu berichten wußte. Was Grabski sagte, war nichts Neues. Das große Wort von der Rettung, das man allgemein erwartete, ist nicht ausgesprochen worden. Es schien gar nicht vorhanden zu sein. Einzelne Mitglieder des Rates behaupteten sogar, es ist nicht vorhanden.

Grabski erklärte, daß er auf keine fremde Hilfe rechne, die mit politischen Einflüssen des Auslandes auf die Geschicke Polens verbunden wäre.

Nach der Rede Grabskis ergriff Abg. Jurak, der Präses der Delegation der landwirtschaftlichen Verbände, das Wort und verlas eine Deklaration nachstehenden Inhalts:

Angesichts dessen, daß das Gesetz über den vorläufigen Wirtschaftsrat von den gesetzgebenden Körperschaften noch nicht angenommen ist und vorläufig nur ein Projekt sei, und daß von zu der Versammlung nur die kleinbäuerlichen Organisationen nicht durch eine entsprechende Zahl Vertretern eingeladen wurden, kann von einer fruchtbringenden Arbeit der Sitzung keine Rede sein. Die Organisationen des Redners, erklärte Jurak, nehmen an der Sitzung teil, sehen diese aber nur als eine einmalige Konferenz an. Die Deklaration war u. a. von den Abg. Kowalczuk (Piast) und Poniatowski (Wyzwolenie) unterzeichnet.

Damit beweisen diese beiden Bauernführer, daß sie einen Wirtschaftsrat nicht anerkennen wollen und nur den Sejm für kompetent halten, zu der Wirtschaftslage des Landes das Wort zu ergreifen.

Nach diesem Zwischenfall, der den Ernst der Beratungen in Zweifel zog, rettete Abg. Wierzbicki (Großindustrie) die Situation dadurch, daß er den Antrag stellte, die Aussprache über das Expose bis auf den nächsten Tag (heute) vormittags 10 Uhr zu vertagen. Der Antrag wurde angenommen.

* * *

Schweigen ist Gold ...

Gestern fand beim Sejmmarschall Rataj eine zweite Konferenz in Sachen des Sanierungsprogramms mit den Abgeordneten-Wirtschaftern statt. Die Abgeordneten hüllen sich in Schweigen und lassen nichts darüber verlauten, was beim Marschall beraten wurde.

Die Sanierungspläne.

Sparmaßnahmen?

(Von unserem Korrespondenten.)

Es ist bemerkenswert, daß der Sejm noch im Dunkeln über das Grabskische Sanierungsprogramm tappt. Grabski spielt mit den Abgeordneten „Blindekuh". Es ist nichts Genaues über die Pläne zu erfahren. Tatsache jedoch ist, daß Grabski die Verpachtung der Monopole, besonders des Tabakmonopols, um welches sich die ausländischen Kapitalistengruppen reißen, ernstlich in Betracht zieht. Die Verpachtung der anderen Monopole sowie die Beteiligung amerikanischen Kapitals an der Exploitierung der Eisenbahn werden in Abgeordnetenkreisen als Grabskische Versuchsballone angesehen, doch ist es nicht ausgeschlossen, daß Grabski in irgend einer Form Vollmachten verlangen wird, die ihm „freie Hand" auch in der Verpachtung der anderen Monopole lassen werden.

Auch soll im Grabskischen Programm eine Reduzierung des Budgets auf 1840 Millionen Zloty vorgesehen sein.

Die deutsch-polnischen Handelsbeziehungen.

Polen zu neuen Zugeständnissen bereit.

(Von unserem Korrespondenten.)

Im Ministerium für Handel und Industrie fand eine Konferenz statt, die den deutsch-polnischen Handelsverhandlungen gewidmet war. An der Konferenz nahmen außer der polnischen Handelsdelegation noch Vertreter des Außenministeriums sowie der Ministerien für Handel und Industrie sowie Landwirtschaft teil.

Es wurde eine Reihe von Postulaten ausgearbeitet, die dem Wirtschaftsrat zur Begutachtung vorgelegt werden sollen.

Wie Ihr Korrespondent erfährt, ist die polnische Regierung zu größeren Zugeständnissen bereit. Auch breche sich in Regierungskreisen die Ueberzeugung immer mehr Bahn, daß eine schleunige Regelung der deutsch-polnischen Handelsbeziehungen im Wirtschaftsinteresse Polens liegt.

Für morgen ist eine Konferenz zwischen dem Führer der polnischen Delegation, Prądzynski, und den Ministern Wl. Grabski und Skrzynski vorgesehen.

Die Juden in der Opposition.

Die Bedingungen des Paktes wurden nicht eingehalten.

Der jüdische Klub beriet gestern und vorgestern über die politische Lage des Landes sowie besonders über die Politik der Regierung gegenüber der jüdischen Bevölkerung. Abg. Hartglas reichte eine Entschließung ein, die feststellt, daß die Regierung nicht nur nicht die Bedingungen des Paktes eingehalten hat, sondern eine Politik verfolgt, die die jüdische Bevölkerung in kultureller Beziehung ihrer Rechte beschneidet, in wirtschaftlicher den Ruin des jüdischen Volkes bezweckt. Infolgedessen wird die Regierung für den Bruch des Paktes verantwortlich gemacht.

Sokal wird sichergestellt.

Er soll doch die Diplomatenkarriere machen.

(Von unserem Korrespondenten.)

Wir berichteten vor einigen Tagen, daß Arbeitsminister Sokal bei den Rechtsparteien in hohe Gunst gekommen ist, hauptsächlich deswegen, weil er in seinem Ministerium einen neuen Wind im Verhältnis zum Krankenkassengesetz wehen läßt. Daß dem so ist, beweist der Umstand, daß sich Sokal damit einverstanden erklärt hat, gewisse Angestelltenkreise aus dem Krankenkassengesetz herauszulassen. Gestern berichteten wir, daß die Wojewodschaft beim Magistrat angefragt hat, ob dieser Sparsamkeitsgründen wegen seine Beamten nicht in der Krankenkasse versichert sehen will. Der Magistrat hat zwar ablehnend geantwortet, doch ist der erste Bann gebrochen und der Weg für weitere Versuche zur Schmälerung des Gesetzes frei.

Nunmehr verlautet, daß Sokal von den Rechtsparteien den Dank dafür in Gestalt des Ueberganges zum polnischen Diplomatenkorps erhalten soll. Im Ministerrat wird erwogen, ihm den Posten eines Minister-Residenten in Genf anzutragen.

Was sagen die polnischen Linksparteien zu diesem Frontwechsel ihres Schützlings?

P. P. P.

(Pogotowie Patriotów Polskich.)

Das Warschauer Bezirksgericht hat das Verfahren gegen einige Monarchisten der „Bereitschaft der polnischen Patrioten“ niedergeschlagen. Und zwar betrifft dies den Geistlichen Oraczewski, den früheren General Josef Prokopowicz, den Wladyslaw Gryczka, Stanislaw Farynski, Gustav Macewicz, Karol Macewicz, Jan Donner und Tadeusz Narzymski.

Interessant sind die Motive, die für das Gericht maßgebend waren, die Mitglieder der Monarchistenorganisation freizulassen, die sich bekanntlich einen Anschlag gegen die Gesellschaftsordnung des Staates zum Ziel gesetzt haben.

Nach Meinung des Gerichts muß Prokopowicz in Ruhe gelassen werden, da er, obwohl er zu der geheimen Monarchistenorganisation gehörte, keine tätige Rolle in derselben spielte und nur selten die Versammlungen besuchte. Angesichts dessen ist anzunehmen, daß er die geheimen Absichten der Führer der Organisation nicht kannte.

General Macewicz hatte in der Organisation kein Amt inne. Seine Beteiligung an der Organisation beschränkt sich nur darauf, daß er den Eid auf die P. P. P. leistete und seine Wohnung für zwei Versammlungen derselben abgab. Angesichts dessen ist anzunehmen, daß auch General Macewicz die Absichten der Führer der P. P. P. nicht bekannt waren.

Geistlicher Oraczewski ist im Oktober 1923 aus der P. P. P. ausgetreten und erklärte, daß er erst nach einigen Monaten nach dem Lande zurückkehren werde. Er sympathisiere mit der Organisation wohl, könnte jedoch zu ihr nicht gehören. Die Untersuchung hat nicht ergeben, ob auch nur eine Sitzung des Ehrengerichts der P. P. P. stattfand und daß er Funktionen ausführte, die mit dem Amte des Ehrenvorsitzenden des Ehrengerichts verbunden sind.

Leutnant Macewicz, Unterleutnant Donner und Fähnrich Narzynski waren gewöhnliche Mitglieder der P. P. P. Infolgedessen konnten sie nichts von den Plänen der Führer wissen.

Dies ist die Begründung des Gerichts zur Niederschlagung des Verfahrens gegen die Vorgenannten.

Außerdem hat das Bezirksgericht auf Antrag des Staatsanwalts das Verfahren gegen Penkoslawski, Gorczynski, Michalowski, Lubienski, Lesniewski, Wroczynski und Gostynski wegen eines Vergehens auf Grund des Art. 125 eingestellt.

Der „Robotnik“ meint dazu: „Wir sind sehr neugierig, ob diese Entscheidung des Gerichts, wie dies die Gerechtigkeit wohl diktiert, ein Präzedenzfall für die Zukunft sein wird und ob unter ähnlichen Umständen das Gericht stets Prozesse niederschlagen wird, ohne Rücksicht auf die Personen und den Charakter der politischen umstürzlerischen Organisation.“

Die Kriegsschuldfrage.

Eine Niederlage der deutschen Außenpolitik.

(Eigener Nachrichtendienst.)

Der Wortlaut der deutschen Noten und der Antworten aus Paris und London ergibt, daß die von den Deutschnationalen Herrn Stresemann aufgedrängten „Erklärungen“ zur Kriegsschuldfrage und zum Räumungsproblem der deutschen Außenpolitik eine schwere diplomatische Niederlage eingebracht haben. Ganz richtig erklärte die „Germania“ des Zentrums — also einer in der Reichsregierung durch mehrere Minister vertretenen Partei — diese unzeitgemäßen deutschen Erklärungen als einen Ausfluß Stresemannscher Feigheit gegenüber den Deutschnationalen, die in der Politik einfach den Corpsstudenten-Komment angewendet wissen wollten.

Was ist geschehen? Mit tausend Entschuldigungen hat die Rechtsregierung auf deutschnationalen Wunsch ihre Erklärungen abgegeben, ängstlich bemüht, nicht mehr zu sagen, als bereits die Regierung Marx und sogar die Regierung Scheidemann-Brockdorff-Rantzau in diesen Fragen längst ausgesprochen hatten. Nur haben jene Regierungen das zur gegebenen Zeit getan und nicht aussichtsreiche Verhandlungen zur Verbesserung der Lage des deutschen Volkes mit solchen prinzipiellen Vorbehalten belastet. Stresemann aber hat sich dazu drängen lassen und nur eines damit erreicht: er hat die Regierungen von London und Paris neuerdings auf einen Standpunkt festgenagelt, von dem sie nach der Einigung über die Paktfrage vielleicht selbst abgehen wollten und jedenfalls leichter abgehen konnten. Statt eine Aenderung der Stellungnahme zu den beiden Fragen in London und Paris vorzubereiten, hat die deutsche Politik selbst feierliche Erklärungen über das Festhalten an dem von ihr bekämpften Standpunkt provoziert. Das Lächerliche und zugleich Traurigste an dem ganzen Meinungsaustausch aber ist, daß sich zum Schluß die Reichsregierung und der größte Teil der Rechtspresse noch zufrieden mit diesem Ergebnis zeigt und froh ist, keine größere Ohrfeige erhalten zu haben. Nach der restlosen und scharfen öffentlichen Zurückweisung der Stresemannschen Erklärungen stellt man erleichtert fest, daß die Sache damit erledigt sei und setzt sich an den Verhandlungstisch von Locarno, wohin man auch ohne diesen „Erfolg“ kommen konnte, den die „Germania“ heute mit Recht eine Blamage nennt.

Für die Massen des deutschen Volkes, die nicht durch den nationalistischen Phrasenschwall irregeführt worden sind, gibt es kaum etwas Gleichgültigeres als die sogenannte Kriegsschuldfrage, wie sie die deutsche Regierung und die Deutschnationalen verstehen. So wenig wie der Zwang des Versailler Vertrages ihre Ehre berührt, so wenig Nutzen hätten sie davon, wenn die französische und die englische Regierung eines Tages erklärten, daß es nicht allein die Regierung Wilhelms II. war, die im Jahre 1914 den Weltkrieg heraufbeschwor.

Am Ausbruch des Weltkrieges haben alle Regierungen und besitzenden Klassen aller Länder das gleiche Maß von Schuld. Wilhelm II., der Zar, Poincare usw. haben einander nichts vorzuwerfen.

* * *

Die englische Antwort.

Die wichtigsten Stellen der englischen Antwort auf die deutsche Note, die dem deutschen Botschafter in London überreicht wurde, lauten wie folgt:

„Die Regierung Seiner Majestät nimmt mit Befriedigung die Tatsache zur Kenntnis, daß die Einladung zur Konferenz in der Frage des Garantiepakts ohne Vorbehalte angenommen wurde. Was die mündliche Erklärung Eurer Exzellenz anbelangt, so habe ich die Ehre, die Versicherung entgegenzunehmen, daß die mündlich berührten Fragen keine Bedingung zur Einleitung der Konferenz der Außenminister darstellen. Die Frage der Schuld Deutschlands am Ausbruch des Krieges wird durch den vorgeschlagenen Pakt nicht aufgeworfen, und die Regierung Seiner Majestät kann es sich nicht erklären, aus welchem Grunde die Reichsregierung es für angezeigt gehalten hat, diese Frage gerade im gegenwärtigen Augenblick zu berühren. Die englische Regierung sieht sich gezwungen, zu betonen, daß die Verhandlungen über den Garantiepakt keine Aenderung des Versailler Traktats und keine Aenderung der Ansicht über seine Vergangenheit bedeuten.“

* * *

Der unentwegte Stresemann.

Die „Tägliche Rundschau“, die dem Außenminister Stresemann nahesteht, sucht beruhigend auf die Oeffentlichkeit einzuwirken, indem sie darauf hinweist, daß Deutschland ungeachtet auf die ablehnenden Antworten der englischen und französischen Regierungen die Fragen der Kriegsschuld und der Räumung der Kölner Zone auf der Konferenz in Locarno aufrollen würde.

Tschitscherin in Berlin.

Auf der Fahrt von Moskau nach dem Salzburger Kurort Bad Gastein traf vorgestern der russische Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, Tschitscherin, von Warschau kommend, in Berlin ein. Es ist nicht das erstemal seit dem Abschluß des Rapallo-Vertrages, daß Tschitscherin in der Reichshauptstadt weilt. Aber seinem jetzigen Besuch ist unter den obwaltenden Umständen zweifellos eine besondere Bedeutung beizumessen, ebenso wie seinen am Montag und Dienstag in Warschau abgehaltenen Besprechungen mit den gegenwärtigen Lenkern der polnischen Politik. Denn im Hintergrunde aller Beratungen über den Sicherheitspakt, über die östlichen Schiedsgerichtsverträge und nicht zuletzt über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund steht das Problem der Beziehungen Ssowjetrußlands zu Deutschland und zu der Welt überhaupt. Die Beziehungen haben in den letzten sechs Jahren seit Kriegsende sehr wesentliche Aenderungen erfahren. Die ursprüngliche künstliche Isolierung des Ssowjetstaates vom übrigen Europa ist durch beiderseitige Zugeständnisse aufgegeben worden. Entscheidend gefördert wurde diese Entwicklung durch den Abschluß des Rapallo-Vertrages zwischen Deutschland und Rußland.

Mindestens so wichtig für das deutsche Volk wie ein freundschaftliches Verhältnis zum großen russischen Volke ist indessen die Wiederherstellung eines wahren Friedenszustandes im Westen. Diese Verhandlungen, die schon seit mehr als einem halben Jahre schweben, haben in Rußland große Besorgnisse wachgerufen, weil sie drüben als eine Abkehr von der Freundschaftspolitik des Rapallo-Vertrages und als den Beginn einer Einkreisungspolitik der Westmächte und Deutschlands gegen Ssowjetrußland empfunden oder zumindest hingestellt werden.

Wir brauchen nicht zu betonen, daß diese Lesart jeder Berechtigung entbehrt. Kein vernünftiger Mensch in Deutschland denkt daran, eine aggressive Politik, sei es unmittelbar oder auf lange Sicht, gegen Ssowjetrußland zu unterstützen, und selbst wenn dieser Hintergedanke gewissen englischen Konservativen vorschweben sollte, die in der bolschewistischen Agitation in Asien die größte Zukunftsgefahr für das britische Reich erblicken und den Sicherheitspakt sowie den Völkerbund als Abwehrmittel bei einer künftigen Auseinandersetznng betrachten, so würde sich die deutsche Arbeiterklasse auf keinen Fall dazu hergeben, derartige Pläne zu unterstützen.

* * *

Tschitscherin konferiert mit Stresemann.

Die Wiener „Neue Freie Presse“ meldet, daß Stresemann in einer Konferenz mit Tschitscherin, diesem versichert hat, daß Deutschland nicht eher in den Völkerbund eintreten wird, bevor nicht die Interpretation des Art. 16 genau festgesetzt sein wird. Dieser Artikel handelt bekanntlich vom Durchmarsch fremder Truppen.

Deutschland und das tschechische Angebot.

Der deutsche Gesandte in Prag, Hoch, ist nach Berlin berufen worden, wo er mit Stresemann sowie mit anderen höheren Beamten des Außenministeriums über das tschechische Angebot verhandelt hat.

Die Regelung der Minderheitenfragen.

Der deutsche Abgeordnete des tschechischen Parlaments, Dr. Medinger, der seinerzeit auch in Warschau eine bemerkenswerte Rede über die Regelung der Minderheitsfragen Europas hielt, erklärte Zeitungsleuten gegenüber, daß in der Tschechoslowakei die Frage der Minderheiten ebenso erledigt werden müsse wie in der Schweiz. Jede Minderheit müsse genügend Autonomie erhalten. Unter den Deutschen gebe es keine Irredentisten.

Der Jahresparteitag der Labour-Party.

In der gestrigen Sitzung entspann sich eine lebhafte Debatte über die Garantiepakte. Der Parteitag sprach sich in einer Resolution für das Genfer Protokoll und gegen die einzelnen Sicherheitspakte aus. In derselben Resolution wurde auch Einspruch gegen eine weitere Verlängerung des englischen Mandats über Irak erhoben. Der Führer der Bergleute, Smith, wandte sich in sehr scharfen Worten gegen den Dawesplan, der die Arbeiterbewegung töte. Die englische Arbeitspartei müsse dafür sorgen, daß dieser Plan revidiert wird. Sollte ihr das nicht gelingen, dann müßte die Internationale der Bergarbeiter ihr helfend beispringen.

Caillaux' letztes Wort?

Präsident Coolidge soll entscheiden.

Caillaux hat eine neue Offerte gemacht, u. zw. will er in den ersten 5 Jahren zu 40 Millionen jährlich zurückzahlen, in den nächsten Jahren zu 60 Millionen und in den letzten 50 Jahren zu 100 Millionen, so daß im Laufe von 62 Jahren die Schuld von 4210 Millionen mit den Prozenten, insgesamt 5620 Millionen zurückgezahlt sein würden.

Die amerikanische Kommission erklärte, daß sie selbst diese Offerte weder annehmen noch ablehnen könne und überließ die endgültige Entscheidung dem Präsidenten Coolidge.

Vor einer neuen Offensive in Marokko.

Marschall Petain und General Nollet haben sich nach dem marokkanischen Kriegsschauplatz begeben, um die Vorbereitungen zu einer neuen französischen Offensive zu treffen.

Nach Pariser Meldungen haben die französischen Truppen in den letzten Tagen Erfolge zu verzeichnen gehabt. Eine Flugzeugstaffel belegte die Stadt Meckbour mit Bomben. Der Bevölkerung bemächtigte sich aus diesem Grunde eine große Panik.

\+ \+ \+

Abd-el-Krim für Frieden.

Die Wiener „Neue Freie Presse" veröffentlicht eine Unterredung des amerikanischen Korrespondenten Shean, die dieser mit dem Bruder von Abd-el-Krim hatte. Danach ist Abd-el-Krim bereit, Frieden zu schließen, falls Frankreich die formelle Oberhoheit des marokkanischen Sultans garantieren würde. Diese Oberhoheit würden sich solange respektieren, solange die Unabhängigkeit der Riffkabylen nicht angetastet werden würde. Eine weitere Fortführung des Krieges müsse zum Ruin der sich bekriegenden Staaten führen.

Lokales.

Warum Herr Tschitscherin sich verspätete.

Dienstag nacht, als der Zug mit Tschitscherin in Lodz eingetroffen war, wunderten sich die Zeitungsleute über die halbstündige Verspätung des Zuges.

Nunmehr wird bekannt, daß infolge Ueberlastung der Lokomotive die letzten 7 Waggons des Zuges und zwar der nach Leipzig gehende, der Restaurationswaggon und der Salonwagen Tschitscherins sich 7 Kilometer vor Zgierz losgelöst haben und auf dem Felde ruhig stehen geblieben sind. Erst kurz vor Lodz bemerkte man, daß man Tschitscherin verloren hatte. Der Zug fuhr zurück und nahm die verwaisten Waggons wieder mit.

Die Verspätung wurde geheimgehalten. Erst jetzt wurde der Grund derselben bekannt.

Tschitscherin soll sich, wie wir hören, ebenfalls sehr gewundert haben, als sein Waggon langsam hielt. Er glaubte, das Dorf, das er aus dem Wagenfenster sah, wäre Lodz.

Nun, inzwischen ist er ja doch über die Grenze gekommen.

Die Hausbesitzer beraten.

Vorgestern fand im Lokale der Kreditgesellschaft eine Hausbesitzerversammlung statt. Die lange Tagesordnung wurde in etwas mehr als zwei Stunden erledigt. Ueber den 100-prozentigen kommunalen Zuschlag zur staatlichen Immobiliensteuer entspann sich eine lebhafte Debatte. Die Redner wiesen darauf hin, daß eine solche Erhöhung unzulässig sei, da das diesbezügliche Rundschreiben des Innenministeriums nur einen 50-prozentigen Zuschlag für Städte vorsieht, in denen Kanalisationsarbeiten vorgenommen werden. Einige Hausbesitzer wiesen darauf hin, daß sie wegen des Moratoriums, das für die Arbeitslosen die Stundung der Miete vorsieht, nicht in der Lage wären, die Steuern zu zahlen. Auch die Frage des zweiwöchigen Termins für Steuerreklamationen wurde berührt. Zum Schluß wurde eine Entschließung angenommen, in der gefordert wird, den 100-prozentigen kommunalen Zuschlag zur staatlichen Immobiliensteuer auf 25 Prozent zu ermäßigen sowie den Termin zur Einreichung von Reklamationen auf 1 Monat zu verlängern. Bemerkenswert ist, daß in der Entschließung auch eine vollständige Aufhebung des Mieterschutzgesetzes gefordert wird.

Wenn wir auch die übrigen Wünsche der Hausbesitzer verstehen und als berechtigt ansehen, so nimmt die Forderung nach Aufhebung des Mieterschutzgesetzes den ganzen Beratungen den Ernst, denn auch die Hausbesitzer müssen verstehen, wenn auch ihre Lage nicht gerade beneidenswert ist, daß die Aufhebung des Mieterschutzgesetzes in der heutigen Zeit ein Unglück bedeuten würde.

Allgemeine Mieterversammlung. In der ersten Hälfte des Oktober wird in Lodz eine große Versammlung der Mieter und Untermieter stattfinden, die vom Verein „Lokator" einberufen wird. Es sollen Beschlüsse gefaßt werden, die eine Herabsetzung der Mietssätze fordern. (p)

Die Vermögensteuer. In der gestrigen Sitzung der Finanzkommission haben die Vertreter der Regierung die Interpellation des Vizemarschalls Osiecki in Sachen der Erhöhung der Vermögensteuer beantwortet. Sie wiesen darauf hin, daß die Erhöhung nicht dem Gesetze widerspricht, denn das diesbezügliche Gesetz sehe eine Vermögensteuer von 1 Milliarde vor. Sollte es sich jedoch ergeben, daß dieses Kontingent zu gering sei, bzw. die Verteilung nicht ganz den gegebenen Verhältnissen entspricht, dann sei eine Erhöhung statthaft. Die Milliarde wurde wie folgt verteilt: auf den Landbesitz entfielen 500 Millionen Zloty, auf den Handel und die Industrie 375 Millionen und auf alle anderen Kategorien wie Kleinhandel, Gewerbe, Immobilienbesitz usw. 125 Millionen. Da aber von den zu besteuernden 30 Millionen ha 11 Millionen unbesteuert geblieben sind, so sei eine Erhöhung notwendig geworden. Nach einer längeren Debatte wurde schließlich eine Resolution gefaßt, in der die Regierung aufgefordert wird, keine Erhöhungen vorzunehmen.

Eine Versammlung der arbeitslosen Angestellten. Gestern fand im Lokale in der Petrikauer Straße 108 eine Versammlung der arbeitslosen Angestellten statt. Ein Mitglied des Arbeitsausschusses der Zwischenverbandskommission referierte über das Gesetz sowie über den Entwurf, den der Verband der Sejmkommission unterbreitet hat und der eine Erweiterung des Gesetzes vorsieht. Der Verband hatte nämlich vorgeschlagen, das Gesetz auf alle Angestellten auszudehnen, was durch die Erhöhung der Versicherungsgebühren möglich gemacht werden sollte. Was die Auszahlung von Unterstützungen anbelangt, so stellt sich die Angelegenheit nicht gerade als rosig dar. Am 15. Juli wandte man sich an den Magistrat mit dem Ersuchen, 100 000 Zloty für die arbeitslosen Angestellten zu bestimmen. Obwohl mehrmals mit der N. P. R. konferiert wurde und die Vertreter der Unterstützung der D. S. A. P., der P. P. S. und des „Bundes" sicher sein konnte, hat diese Partei, die im Magistrat sitzt nichts unternommen, um das Los der arbeitslosen Angestellten zu sichern. In der Diskussion wurde die Vereinigung mit den Arbeiterverbänden gefordert. Auch wurde vorgeschlagen, den Namen des Komitees des Arbeitslosen in „Vereinigung der arbeitslosen geistigen Angestellten" umzubenennen. Die weitere Debatte mußte wegen der vorgerückten Zeit abgebrochen werden.

Die Arbeitslosenunterstützungen werden weiter ausgezahlt. In der gestrigen Ministerratssitzung wurde unter anderem beschlossen, daß die Verordnung, laut welcher den Arbeitslosen Unterstützungen angezahlt werden, weiter in Kraft bleibt.

Wie uns aus Warschau telephoniert wird, betrifft die Terminverlängerung nur den Monat Oktober. Für diesen Zweck hat das Ministerium 2 000 000 Zloty bestimmt.

Die Zahl der Arbeitslosen in Polen in der Zeit vom 12. bis 19. September betrug nach den amtlichen Ermittelungen 191 810 Personen. Im Verhältnis zur Woche vorher ist die Zahl um 2129 gestiegen.

Die Wuchergerichte aufgehoben? Nachdem die Zentralbehörden den Termin für die Tätigkeit der besonderen Wuchergerichte nicht verlängert haben, haben diese am gestrigen Tage zu bestehen aufgehört. (b)

Wie wir jedoch hören, soll das Justizministerium noch in dieser Woche die Verordnung bezüglich der Verlängerung der Tätigkeit der Wuchergerichte erlassen.

Der Kettenhandel der „Polska Składnica Włókiennicza" hat eine für die Besitzer ungünstige Wendung genommen. Die Untersuchungsbehörden haben den Befehl zur Verhaftung des Besitzers erlassen. Er ist jedoch geflohen. Geschädigt sind 2000 Personen, von denen 40 ihre Klagen eingereicht haben.

Die Ziehung der Dollarprämienanleihe. Gestern vormittags fand die Ziehung der Dollarprämienanleihe. Die Gewinne fielen: 8000 Dollar auf Nummer 506 570, 3000 Dollar auf 573 614, zu 1000 Dollar auf 310 256, 470 018, 267 094, 479 490, 186 721, 793 040, 527 283, 567 307, 516 055, 710 474, zu 100 Dollar auf 187 486, 960 831, 145 203, 115 627, 408 748, 110 469, 168 156, 341 241, 064 265, 268 883, 234 635, 202 449, 002 070, 294 469, 014 888, 887 591, 649 030, 142 549, 105 039, 877 424, 456 098, 001 340, 258 542, 677 605, 648 860, 903 975, 517 069, 563 160, 898 403, 326 168, 044 875, 2 618 000, 009 281, 769 337, 059 830, 327 208, 750 638, 556 314, 355 985, 487 881.

Zu der Verhaftung des Bankdirektors Naruszkiewicz. Wie wir erfahren, erfolgte die Verhaftung des Direktors der Bank Christlicher Kaufleute und Industrieller, Petrikauer 113, Naruszkiewicz, auf Grund einer Klage des Apothekenbesitzerverbandes, der Wechsel auf die Summe von 20 000 Zloty der Bank zum Inkasso gegeben und kein Geld erhalten hat.

Der Lehrerabbau. Im Zusammenhang mit der gegenwärtig durchgeführten Reduzierung der Volksschullehrer, gibt das Kuratorium folgendes bekannt: Der Abbau der Lehrkräfte erfolgt aus dem Grunde, daß die Zahl der diesjährigen Schulkinder um 5000 kleiner ist als im vorigen Jahre. In Anbetracht dessen, wurde den überzähligen Lehrern vorgeschlagen, in Dörfern Stellungen anzunehmen. Auch besteht für die vom Abbau betroffenen Lehrer, die keine dreijährige Praxis besitzen, die Möglichkeit, an Kursen zur Erlangung der Qualifikation teilzunehmen. Künftig sollen die Vorbereitungen für den Schulbeginn bereits im Juni und die Einschreibungen bei Ende des Schuljahres stattfinden, damit der Hauptinspektor sich noch während der Ferien über die Situation orientieren kann. (b)

Großer Kommunistenprozeß. Heute findet im Bezirksgericht der Prozeß gegen Jonas Tennenbaum und Genossen statt. Die Verteidigung hat Rechtsanwalt Paschalski aus Warschau.

Vom Verdacht der Desertion freigesprochen. Der Rekrut Antoni Wlodarski stand neulich vor dem Militärgericht. Er war angeklagt, im Jahre 1919 nach Deutschland desertiert zu sein, nachdem er sich vorher der Einberufungskommission gestellt hatte. Wlodarski erklärte, keine Aufforderung vom Kreisergänzungskommando erhalten und sich auch nicht im Auslande aufgehalten zu haben. Er habe vielmehr in Polen Arbeit gesucht. Da nicht nachgewiesen werden konnte, daß diese Angaben auf Unwahrheit beruhen, gab das Gericht dem Antrag des Verteidigers, Adwokaten Bilyk, statt und sprach den Angeklagten frei.

Verhaftung von Einbrechern. Wir berichteten gestern von dem Besuch von Geldschrankknackern in der Steuerabteilung des Magistrats. Der Polizei ist es nun mit Hilfe des Polizeihundes „Lord" gelugen, zwei Personen zu verhaften, die verdächtigt werden, an dem Einbruch teilgenommen zu haben. Die beiden Verhafteten wurden dem Wächter gegenübergestellt, der erklärte, einen von den beiden Verhafteten an der rauhen Stimme wiederzuerkennen.

Bestrafter Erpressungsversuch. Der Lodzer Industrielle Kazimierz Poznanski erhielt am 2. April d. J. einen Brief, in dem von einem Unbekannten eine „Anleihe" von 1000 Zloty verlangt wurde, widrigenfalls dieser den Poznanski töten würde. Am Sonntag würde er sich das Geld holen. Poznanski übergab den Brief der Kriminalpolizei, die als den Schreiber desselben den 25jährigen Jakob Flatto ermittelte. Gestern hatte sich F. vor dem Bezirksgericht zu verantworten. Er gab an, eine Tötung Poznanskis nicht beabsichtigt zu haben; er hätte ihn im Falle einer Absage höchstens um eine Anstellung gebeten. Das Gericht verurteilte Flatto zu 6 Monaten Gefängnis.

Betrüger. Seit längerer Zeit haben Individuen die Läden, besonders an den Stadtgrenzen, aufgesucht und stellten sich als Beamte des Finanzamtes vor. Sie kontrollierten die Patente und Steuerquittungen. Nach der Kontrollierung der Patente forderten sie 7 Zloty als angebliche amtliche Gebühr für die Registrierung des Patents. Da die Betrüger anstelle von Quittungen des Finanzamtes Quittungen eines „Verlages des Handelsregisters" ausfolgten, wandten sich die Geschädigten an die Untersuchungsbehörden, die eine Untersuchung einleiteten. Die Behörden sind den Betrügern auf der Spur.

Unter „Freunden". Stanislaw Lopata, wohnhaft in der Zakontnastraße 10, traf auf dem Heimwege einen Freund, den er schon lange nicht gesehen hatte. Die Freude des Wiedersehens war so groß, daß sich beide nach einem Restaurant begaben, um bei einem Gläschen Schnaps sich an alte Zeiten zu erinnern. Aus dem einen Gläschen wurden jedoch mehrere, so daß bereits eine sehr gehobene Stimmung herrschte, als Lopata seinen Freund an eine ihm vor Jahren zugefügte Kränkung erinnerte. Der Freund quittierte die Auffrischung dieser Erinnerung mit einer schallenden Ohrfeige. Diese Ohrfeige war das Signal zu einer Schlägerei. Beide Freunde bearbeiteten sich gegenseitig. Ehe noch die beiden auseinandergerissen werden konnten, brach Lopata plötzlich zusammen. Der Freund machte sich aus dem Staube. Als man Lopata näher besichtigte, stellte man fest, daß er aus mehreren Stichwunden stark blutete. Lopata mußte nach dem Josephspital gebracht werden. Sein Zustand ist besorgniserregend.

Achtung, Zgierz!

Am Sonnabend, den 3. Oktober, um 6 Uhr abends, findet in Zgierz eine

politische Versammlung

der Ortsgruppe Zgierz der D. S. A. P. im Lokale 3-go Maja Nr. 32 statt.

Berichterstattung über die politische und wirtschaftliche Lage sowie über das deutsche Schulwesen. Referent Sejmabgeordneter **Emil Zerbe.**

Der Eintritt zu dieser Versammlung ist für jedermann frei.

Deutsche! Erscheint massenhaft und **protestiert gegen die Unterdrückung der deutschen Schule.**

Aus dem Reiche.

Die Lodzer Delegation auf dem Antialkoholkongreß in Kattowitz.

Am 25., 26. und 27. d. M. fand in Kattowitz der Polnische Antialkoholkongreß statt, an dem seitens des Lodzer Magistrats der Direktor des Gesundheitsamtes Dr. Skalski sowie die Herren Mieczyslaw Hertz und Eduard Rosset teilnahmen. Sämtlichen Mitgliedern des Kongresses wurde die Broschüre des Lodzer Magistrats „Lodz im Kampfe mit dem Alkohol" überreicht.

Die erste Sitzung des Kongresses fand am 25. d. M. im Saale des Stadttheaters statt.

In den weiteren Zusammenkünften wurde eine Reihe von Referaten über die Antialkoholfrage gehalten, darunter das des Professors der Lubliner Universität Dr. Strumilla über „Die Jugend und der Alkohol", das des Professors der Posener Universität Wodziczko über den Einfluß des Alkohols auf die Entartung der Rasse und des Professors Dr. Gantkowski über die Hilfe für Alkoholiker.

Auf dem Kongreß wurde hervorgehoben, daß Lodz die erste Stelle in der Bekämpfung des Alkoholübels einnimmt.

Warschau. Eine reaktionäre Zeitung eingegangen. Bereits vor einiger Zeit berichteten wir, daß die „Gazeta Warszawska" mit dem 30. September das Erscheinen einstellt, was tatsächlich auch jetzt erfolgt ist. Auch andre rechtsstehende Zeitungen haben mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen, vor allem der „Kurjer Polski" und die „Rzeczpospolita".

— Selbstmord eines Großkaufmannes. In der Twardastr. 8 läutete gegen 12 Uhr nachts ein elegant gekleideter Herr. Als der Wächter das Tor öffnete, erklärte ihm der Fremde, daß er warten möchte, da er gleich zurückkommen werde. Der Fremde lief inzwischen jedoch auf den dritten Stock, wo er sich aus einem Fenster auf die Straße stürzte. Der Wächter, der den Sturz hörte, näherte sich dem schwarzen Etwas und sah zu seinem Entsetzen, daß es der Fremde ist, dem er vor wenigen Augenblicken das Tor geöffnet hatte. Die sofort herbeigerufene Polizei stellte fest, daß der Selbstmörder der Großkaufmann Icek Golowiczer, Panska 43, ist. Golowiczer wurde im hoffnungslosen Zustande nach einem Spital gebracht. Wie es heißt, hatte er in den nächsten Tagen größere Verpflichtungen zu zahlen.

— Glabinski, der unschuldige Spitzbube. Der Heereslieferungsskandal, in dem der berüchtigte Abenteurer Josef Glabinski eine Rolle spielte, hat nun eine Wendung erfahren. Als sich mit dem Skandal die Oeffentlichkeit zu sehr beschäftigen anfing, ließ das Kriegsministerium Glabinski verhaften. Nun hat es Glabinski verstanden, sich so zu drehen, daß man ihn wieder freiließ. Seine Freunde, man spricht von hohen Militärs, hatten sich für ihn eingesetzt.

— Moderner Streik. Hier streiken 25 Taxichauffeure der Firma „Tatra-Taxis", weil ihnen seit längerer Zeit ktine Gehälter gezahlt wurden.

— Aussetzung eines Kindes im Gerichtsgebäude. Eine gewisse Anna Dębowska führte seit einiger Zeit eine Alimentenklage, die ihr jedoch nicht schnell genug erledigt wurde. Kurz entschlossen begab sie sich nun vor einigen Tagen in das Gerichtsgebäude, wo sie ihr Kind zurückließ, mit einem Zettel folgenden Wortlauts: „Meine Herren Richter! Ich schenke euch mein Kind! Erzieht es und nehmt euch seiner an!" Die Herren Richter wußten nicht, was mit dem Kleinen anzufangen sei und benachrichtigten die Polizei, die es in das städtische Kinderheim bringen sollte. Als das Kind jedoch unter Aufsicht eines Polizisten aus dem Gerichtsgebäude trat, entriß die Mutter das Kleine und lief fort. Vorher rief sie dem Präses des Gerichts noch zu: „Wenn Sie meine Klage nicht bald vornehmen, bringe ich ihnen das Kind nach Hause — von wo ich es aber nich mehr zurücknehmen werde!" Die Polizei nahm ein Protokoll wegen Störung der öffentlichen Ruhe gegen die Mutter auf.

Krakau. Der Studentenmord. Der Prozeß gegen den Studenten Filasiewicz, der seinen Freund Kornello ermordet hat, ist immer noch nicht zum Abschluß gelangt. Die Zeugenaussagen haben ergeben, daß es sich bei Filasiewicz um einen degenerierten Menschen handelt. Filasiewicz's Angabe, er habe Selbstmord begehen wollen, nimmt an Wahrscheinlichkeit zu, da er am Vortage des Verbrechens der Lomnicka einen Brief geschrieben hat, in dem er ihr seinen Entschluß mitteilte. Besonders interessant gestalteten sich die Aussagen des Vaters des Filasiewicz. Er schildert seinen Sohn als einen überempfindlichen Menschen und erzählt, wie er in seiner Kindheit seine Schwester so stark geschlagen hatte, daß sie beinahe erblindete, worauf er sich aus dem Fenster zu stürzen versuchte. Nach Bekanntwerden des Verdachts gegen Filasiewicz, hat dessen Vater an ihn einen Brief gerichtet, in dem er schrieb: „wenn Du die Tat begangen hast, um eine Frau zu verteidigen, so verzeihe ich Dir; wenn Du Kornello jedoch aus anderen Gründen getötet hast — so möge Gott Dir verzeihen!"

— Ein Autounglück ereignete sich auf dem Wege von Doliny nach Bolechów, dem mehrere Personen zum Opfer fielen. Das Auto kam nämlich während der chnellsten Fahrt ins Schwanken, wobei es sich überschlug. Die Frau des Professors der Krakauer Universität Sosnowski erlitt auf der Stelle den Tod, ebenso der Chauffeur Zyzda. Dr. Kącki erlitt schwere Verletzungen, doch besteht Hoffnung, ihn am Leben zu erhalten.

Glowno. Judenhetzen. Auch in Glowno wurden in den jüdischen Schulen auf Grund einer Verordnung des Schulinspektors Kreuze angebracht. In der letzten Stadtverordnetenversammlung forderten die jüdischen Stadtverordneten die Entfernung der Kreuze aus den Schulen, da dadurch das religiöse Empfinden der Juden verletzt wird und auch das Kreuz selbst dadurch entheiligt wird, wenn es in einem Raume angebracht ist, der nur für Juden bestimmt ist. Gegen den jüdischen Antrag wandten sich die polnischen Stadtverordneten, wobei es zu Lärmszenen kam. Die auf der Galerie versammelten Zuhörer nahmen gegenüber den Juden eine drohende Stellung ein, so daß diese, um eventuellen Prügeleien aus dem Wege zu gehen, den Sitzungssaal verließen. Die Angelegenheit kommt in der nächsten Sitzung noch einmal zur Verhandlung.

Es ist unverständlich, daß der Schulinspektor in Glowno darauf besteht, Kreuze in jüdischen Schulen anzubringen. Ist der Einfluß des Konkordats so mächtig? Und spricht die Konstitution nicht von dem Gegenteil?

In Lodz kam es vor zwei Wochen in der städtischen Schule an der Rybnastraße zu ähnlichen unliebsamen Zwischenfällen. Hier ist in ein und demselben Schulraum eine polnische und jüdische Schule untergebracht, wobei die polnischen Kinder vormittags, die jüdischen nachmittags unterrichtet werden. Einige jüdische Knaben nahmen das Kreuz von der Wand und legten es auf das Katheder des Lehrers. Die Knaben wurden darauf aus der Schule ausgestoßen und dürfen in keine städtische Schule aufgenommen werden. Die Eltern sind gezwungen, ihre Sprößlinge in Privatschulen zu schicken.

Bei gutem Willen könnten allerdings derartige religiöse Reibereien vermieden werden. Dieser Wille fehlt aber leider.

Kurze Nachrichten.

Die erste Sejmsitzung nach den Ferien wurde von Marschall Rataj auf Dienstag, den 6. Oktober, nachmittags um 4 Uhr festgesetzt.

Auflösung des griechischen Parlaments. Gestern wurde das Dekret veröffentlicht, wonach das Parlament als aufgelöst zu betrachten ist. Der Termin der Neuwahlen wird durch ein besonderes Dekret bekanntgegeben werden.

Ein Anschlag auf den Sowjetgesandten in Persien Szuminski, wurde gestern in Teheran ausgeführt. Szuminski wurde leicht verwundet. 7 Personen, die verdächtigt werden, den Anschlag ausgeführt zu haben, wurden verhaftet.

Warschauer Börse.

Checks:

	30. Septemb.	1. Oktober
Holland	—.—	—.—
London	29,13	29,13
Neuyork	5,98	6,—
Paris	28,55	28,47
Zürich	116,09	116,09
Wien	84,76	84,81
Belgien	—.—	26,66
Italien	24,47	24,41
Prag	17,82	17,82

Auslandsnotierungen des Zloty.

Am 1. Oktober wurden für 100 Zloty gezahlt:

Zürich	86.50
Prag	558.—
Danzig	86 64—86.68
Berlin	68.65—69 36
Cheks auf Warschau	69 08—69.38
Kattowitz	68.82—69 18
Posen	69.07—69.43
Wien, Checks	116.75—117.25
Banknoten	115.50—116.50
London	—.—

Der Dollar in Lodz.

Gestern herrschte auf der schwarzen Börse eine schwache Tendenz. Der Dollar wurde mit 6.10 bis 6.15 notiert.

Verleger und verantwortlicher Schriftleiter: Stv. Ludwig Kuk. Druck: J. Baranowski, Lodz, Petrikauer 109.

Eisenbahn-Fahrplan, gültig ab 15. September.

Lodzer Fabrikbahnhof.

Abfahrt:

1.30 Vorortzug nach Koluszki, Anschluß nach Krakau, Warschau u. Skarzysko
7.25 Direkter Eilzug nach Warschau
9.20 Vorortzug nach Koluszki
13.20 Personenzug nach Koluszki, Anschluß nach Warschau
14.30 Personenzug nach Koluszki, Anschluß n. Skarzysko, Sosnowice u. Warschau
16.25 Personenzug nach Koluszki, Anschluß nach Sosnowice und Krakau
19.00 Personenzug nach Koluszki, Anschluß n. Sosnowice, Warschau u. Skarzysko
19.30 Direkter Zug nach Tomaschow und Skarzysko
20.00 Personenzug nach Koluszki, Anschluß nach Petrikau und Warschau
23.00 Personenzug nach Koluszki, Anschluß nach Krakau und Warschau.

Ankunft:

4.45 Aus Koluszki (Krakau, Sosnowice, Skarzysko)
7.30 Aus Koluszki (Sosnowice)
8.25 Aus Koluszki (Petrikau)
10.20 Aus Skarzysko und Warschau
13.30 D-Zug aus Tomaschow
15.50 Aus Sosnowice und Skarzysko
17.00 Aus Warschau
21.15 Direkter Eilzug aus Warschau
22.25 Aus Koluszki (Petrikau).

Lodz-Kalischer Bahnhof.

Abfahrt:

7.40 Nach Ostrowo, Anschluß nach Posen und Bentschen
7.50 Nach Koluszki, Anschluß nach Sosnowice, Krakau und Skarzysko
8.25 Direkter Zug nach Tomaschow, Skarzysko und Tarnobrzeg
13.20 Lokalzug nach Warschau
15.00 Direkter Zug nach Tomaschow, Skarzysko, Tarnobrzeg u. Lemberg
18.40 Nach Warschau
19.40 Nach Ostrowo
20.10 Nach Lowicz (direkter Wagen nach Danzig)
20.30 Nach Krakau.

Durchgangszüge:

3.23 Nach Warschau aus Posen
5.33 Nach Warschau aus Posen
6.55 Internat. Eilzug nach Warschau aus Paris
12.44 Nach Posen und Bentschen
13.52 Nach Warschau aus Posen
23.06 Nach Posen und Bentschen
23.57 Internat. Eilzug nach Paris aus Warschau
1.59 Nach Lissa (nach Posen).

Ankunft:

6.40 Direkter Zug aus Krakau
9.10 Aus Ostrowo
9.45 Lokalzug aus Lowicz (direkte Wagen aus Danzig)
10.12 Direkter Zug aus Lemberg
10.22 Aus Warschau
18.30 Aus Ostrowo (Anschluß aus Bentschen und Lissa)
18.55 Aus Koluszki (Anschluß aus Warschau und Krakau)
20.45 Direkter Zug aus Tarnobrzeg
6.45 Internationaler Eilzug aus Paris
5.18 Aus Posen
3.08 Aus Posen
1.44 Aus Warschau
12.32 Aus Warschau
13.40 Aus Posen.

Englischer Brief.

Die bevorstehende Regierungskrise. — Erstarkung der Labour Party. — Der Sicherheitspakt. — Tschitscherins polnischer Besuch.

(Von unserem Korrespondenten.)

In dem Städtchen Stockport haben unlängst Ergänzungswahlen stattgefunden, die ein bezeichnendes Licht auf die gegenwärtige innerpolitische Lage Englands werfen. Die Stimmenzahl der Konservativen ist nämlich im Verhältnis zu den vorigen Wahlen um ein ganz Bedeutendes zurückgegangen, was für die sozialistische Arbeitspartei ein bedeutender Sieg ist.

Die Regierung wird sich zweifellos diesen Fall zur Warnung dienen lassen; denn obiges Ergebnis ist nicht etwa als ein lokaler Zufall aufzufassen: es birgt hinter sich den größten Teil der englischen öffentlichen Meinung, in der ein bedeutsamer Umschwung eingetreten ist. Wenn bei den Wahlen im vorigen Jahr der Führer der Konservativen Baldwin gesagt hätte, daß er die Unterstützung der Kohlenindustriellen gegen die Arbeiter, die Streichung der Hälfte der französischen Schulden und die Einmengung in die Mossulfrage wolle, so hätte sogar der gefälschte Sinowjewbrief die Niederlage der Konservativen nicht verhindert.

Daß sich dieser Standpunkt bei den nächsten Wahlen, die früher, als man allgemein annimmt, stattfinden können, Geltung verschaffen wird, ist mehr als sicher. Die Labour Party rüstet und bereitet sich für die Uebernahme des Staatsruders vor; ist es doch vorauszusehen, daß bei einem Sturz der jetzigen Regierung es wieder die Arbeitspartei sein wird, welche für die fernere Politik Englands die Verantwortung übernehmen wird.

Diese Umgestaltung kann auch für die europäischen Fragen von großer Bedeutung werden.

Inzwischen sieht England den Verhandlungen um den Sicherheitspakt voll Optimismus entgegen. Man scheint hier ganz sicher zu sein, daß die noch bestehenden Gegensätze zwischen Deutschland und Frankreich mit Leichtigkeit zu überbrücken sein werden, da es sich nur noch um rein theoretische Fragen handelt. Allgemein betont wird der Wille zur Verständigung, der nun, nach der Zustimmung der Deutschnationalen, auf beiden Seiten vorhanden ist. Was die Stellung Polens beim Pakt betrifft, so schreibt die halbamtliche „Times“: „Es sei zuversichtlich damit zu rechnen, daß Vertreter Polens bei den Verhandlungen zugegen sein und entweder gleichzeitig oder im Anschluß an die Westpaktkonferenz verhandeln werden.“ Dem stehen die Ereignisse der letzten Tage gegenüber, die in der Presse einen deutlichen Unwillen gegen Polen hervorgerufen haben. Es handelt sich um den Besuch Tschitscherins in Warschau und die im Zusammenhang damit geknüpften Vermutungen. So schreibt der „Daily Chronicle“, daß die russische Visite in vollstem Gegensatz zu Englands Interessen steht. Polen beabsichtige, schreibt ein anderes Blatt, sich seine Ostgrenzen durch Rußland garantieren zu lassen, was dieses dazu benutzt, die polnische Politik in sein Fahrwasser hineinzuziehen. Dadurch entstehe eine scharfe Trennung zwischen England, Frankreich und Deutschland einerseits und Polen und Rußland auf der anderen Seite.

Wie sich diese russisch-polnische Annäherung, schreibt das englische Blatt, auf den Sicherheitspakt auswirken wird, ist unbestimmt; jedenfalls wird sie Deutschland zu einer schnelleren Entscheidung anspornen.

L. T.

Herriot für das Linkskartell.

Die Radikalen mit den Sozialisten solidarisch.

Die Rede, die der Kammerpräsident Herriot in Mont-de-Marsan gehalten und in der er sich für die Aufrechterhaltung des Linkskartells lebhaft eingesetzt hat, findet zahlreiche Kommentare sowohl in den links- als auch in den rechtsgerichteten Blättern. Die Blätter der Linken erklären, die Rede Herriots zeuge davon, daß die Radikalsoziale Partei, deren Vorsitzender er ist, fest entschlossen sei, die Politik des Kartells fortzusetzen, um eine einheitliche Front mit den Sozialisten zu bilden. Die Radikalsozialen, schreibt Frossard im „Paris Soir“, hätten sich mit den Sozialisten solidarisch erklärt. Der Bruch mit den einen würde auch den Bruch mit den anderen bedeuten.

Der Graf von Tervueren.

Ein Hochstapler sondergleichen.

Fast noch erfolgreicher in seinen Hochstapeleien als der falsche Indianerprinz, der „weiße Elch“, war der 25jährige Otto Stephane aus Lüttich, der jetzt in Zürich verhaftet worden ist. Wie der „weiße Elch“ pocht auch Stephane auf königliche Abstammung: er behauptet, ein unehelicher Sohn Leopolds II. von Belgien zu sein, und hat sich auf Grund dieser Herkunft auch den Titel eines Grafen von Tervueren beigelegt.

Eines Tages überbrachte er dem Kommandanten der amerikanischen Besatzungstruppen am Rhein, General Allen, eine belgische Kriegsdekoration und heftete sie dem General im Namen seines angeblichen Onkels, des Königs. Albert von Belgien, vor versammelter Mannschaft feierlich an die Brust. Zu spät kam der General darauf, daß er einem Hochstapler zum Opfer gefallen war.

Im Jahre 1923 tauchte Stephane in der Schweiz auf. Er stellte sich dem belgischen Konsul in Basel als Graf von Tervueren vor, wurde ehrerbietig aufgenommen und in die diplomatischen Kreise eingeführt. Da er allerlei vom englischen und belgischen Hofleben zu erzählen wußte, sehr elegant auftrat und Ordensbänder im Knopfloch trug, fiel es niemand ein, Verdacht zu schöpfen. Als er dann nach Genf zur Völkerbundstagung reiste, wurde er zwar angehalten, weil mit seinem Auto etwas nicht in Ordnung war. Da wies er seine Ausweispapiere und Empfehlungsschreiben vor; man entschuldigte sich, bankettierte mit ihm und half ihm, weil er sich in angeblicher Geldklemme befand, mit ein paar hundert Franken aus.

In Berlin fand er sich bei der Ankunft der Reparationskommission am Bahnhof ein, gab sich für einen Vertreter der Reichsregierung aus und übernahm das Gepäck der fremden Herren. Sie sahen es nicht wieder. In Frankreich brandschatzte er ein Kloster, in dem er sich als Vertreter des Bischofs vorstellte.

Seitdem er in Zürich auf Grund eines Steckbriefes verhaftet worden ist, macht Stephane den Eindruck eines gebrochenen Mannes. Von einem Selbstmordversuch hat er eine Schramme am Hals davongetragen. Jetzt befindet er sich in einer Irrenanstalt. Doch glaubt man nicht recht an die Echtheit seiner Geistesgestörtheit. Der sehr intelligente und gewandte junge Mensch, der vier Sprachen fließend spricht, dürfte noch nicht am Ende seiner Laufbahn stehen.

Ein Völkerbund der dramatischen Kunst.

Vor einer großen Zuhörerschaft, unter der sich der französische Botschafter Margerie, Professor Reinhardt, Professor Jeßner und Ludwig Fulda befanden, hielt gestern der Direktor des Pariser Odeon-Theaters, Gemier, im Berliner Hotel Adlon eine große programmatische Rede, in der er dazu aufforderte, durch die Vereinigung der Bühnenorganisationen aller Länder mitzuhelfen an der Errichtung eines Völkerbundes der dramatischen Kunst und darüber hinaus am Aufbau einer Internationale der Kunst und Wissenschaft.

Wie die „Montagspost“ hört, soll eine Moliere-Inszenierung Gemiers mit deutschen Schauspielern in Berlin und gleichzeitig eine Aufführung des „Wallenstein“ mit französischen Schauspielern unter Jeßner in Paris beabsichtigt sein.

Der Tunnel.

Roman von **Bernhard Kellermann.**

(32. Fortsetzung.)

Er dachte an Allans Würde. Worin lag sie? Wer konnte sagen, weßhalb er würdig erschien? Niemand. Seine Macht, der — Schrecken, den er einflößte? Worin lag es? Niemand konnte es sagen. Dieser Allan hatte keine Pose, er war stets natürlich, einfach, er selbst und er wirkte! Er hatte oft Allans braunes, sommersprossiges Gesicht beobachtet. Es drückte weder Adel noch Genie aus und doch konnte er seinen Blick nicht sättigen an der Einfachheit, der Klarheit dieser Züge. Wenn Allan etwas sagte, nur leichthin, so genügte das schon. Niemand würde auch nur daran gedacht haben, seine Anordnungen zu ignorieren.

Nun, S. Woolf war nicht der Mann, der sich Tag und Nacht mit diesen Dingen beschäftigte. Zuweilen nur gab er sich damit ab, wenn der Zug durch die Landschaft glitt. Dann aber geriet er stets in eine unbehagliche und gereizte Verfassung.

Bei diesen Betrachtungen stieß er immer auf einen Punkt: das war sein Verhältnis zu Allan. Allan achtete ihn, er behandelte ihn zuvorkommend, kollegial — aber er behandelte ihn doch nicht wie die anderen, und er, S. Woolf, bemerkte das wohl.

Er hörte, wie Allan fast alle Ingenieure, Chefingenieure und Beamte einfach bei ihrem Namen rief. Warum aber nannte er ihn stets „Herr Woolf“, ohne sich je zu versprechen? Aus Respekt? O nein, mein Sohn, dieser Allan hatte nur vor sich selbst Respekt! So lächerlich es S. Woolf auch selbst erschien, es war einer seiner intimsten Wünsche, daß Allan ihn eines Tages auf die Schulter klopfte und sagte: „Hallo, Woolf, wie geht es Ihnen? — Aber er wartete seit Jahren darauf.

Dann wurde es S. Woolf stets klar, daß er Allan haßte! Ja, er haßte ihn — ohne jeden Grund. Er wünschte, Allans Sicherheit erschüttert zu sehen, Allans Blick sollte einmal flackern, Allan sollte einmal abhängig von ihm sein.

S. Woolf war ganz heiße Leidenschaft, wenn er diese Gedanken erwog. Es war ja auch recht wohl möglich! Es konnte ein Tag kommen, da er, S. Woolf —! Weshalb sollte es nicht möglich sein, daß seine Stellung eines Tages einer absoluten Beherrschung des Syndikats gleichkäme?

S. Woolf legte die orientalischen Augendeckel über seine schwarzen, glänzenden Augen und seine fetten Wangen zitterten.

Das war der kühnste Gedanke, den er in seinem Leben gedacht hatte und dieser Gedanke hypnotisierte ihn.

Er brauchte ja nur eine Milliarde Aktien im Rücken zu haben — und dann sollte Mac Allan sehen, wer S. Woolf war.

S. Woolf zündete sich eine Zigarre an und träumte seinen ehrgeizigen Traum.

VI.

„Wo ist Mac?“ fragte Hobby.

Maud hielt im Schaukeln inne.

„Laß sehen! — In Montreal, Hobby.“

Es ist abend und sie sitzen beide auf der Veranda im ersten Stock des Hauses, die auf das Meer hinausgeht. Der Garten liegt schweigend unter ihnen im Dunkel.

Hobby gähnt müde und klopft sich dabei auf den Mund. Das gleichmäßig feine Zischen des Meeres schläfert ihn ein.

Maud aber saß und schaukelte sich und ihre Augen waren ganz wach.

Sie betrachtete Hobby. In seiner hellen Kleidung, mit seinen lichtblonden Haaren, sah er in der Dunkelheit fast weiß aus, und nur sein Gesicht und sein Schlips waren dunkel. Wie ein Negativ. Maud lächelte, denn sie erinnerte sich an die Geschichte, die ihr Hobby beim Essen erzählte — eine Geschichte von einer der „Nichten“ S. Woolfs, die S. Woolf verklagte, weil er sie auf die Straße setzte. Von der Geschichte kam sie aber sofort wieder auf Hobby selbst zurück. Er gefiel ihr. Selbst seine Albernheiten gefielen ihr. Sie waren die besten Kameraden, hatten keine Geheimnisse vor einander. Zuweilen wollte er ihr sogar Dinge erzählen, die sie gar nicht wissen wollte und sie mußte ihn bitten, den Mund zu halten. Hobby und Edith waren so herzlich und vertraut miteinander wie Vater und Kind. Und oft sah es aus, als ob Hobby der Herr des Hauses wäre.

„Hobby könnte ebensogut mein Mann sein wie Mac,“ dachte Maud und fühlte, wie sie heiß und rot wurde.

In diesem Augenblick lachte Hobby leise vor sich hin.

„Warum lachst du, Hobby?“

Hobby dehnte sich, daß der Sessel knirschte.

„Ich habe eben gedacht, wie ich die nächsten sieben Wochen leben werde.“

„Hast du wieder verloren?“

„Ja. Wenn ich full hand in der Hand habe, so werde ich doch halten? Ich habe sechstausend Dollar verpulvert. Vanderstyfft gewinnt. die reichen Kerle gewinneu immer.“

Maud lachte.

„Du brauchst ja nur ein Wort zu Mac zu sagen.“

„Ja, ja, ja —“ erwiderte Hobby und gähnte wieder und klopfte sich auf den Mund. „So geht es, wenn man ein Esel ist!“

Und beide hingen wieder ihren Gedanken nach. Maud hatte einen Trick ersonnen, wie sie mit dem Schaukelstuhl vorwärts und rückwärts wandern konnte, während sie schaukelte. Bald war sie einen Schritt näher, bald einen Schritt ferner. Und immer behielt sie Hobby im Auge.

Ihr Herz war voller Verwirrung, Resignation und Verlangen.

Hobby hatte die Augen geschlossen und Maud fragte plötzlich dicht neben ihm: „Frank, wie wäre es geworden, wenn ich dich geheiratet hätte?“

(Fortsetzung folgt.)

Zum Denkmal-Baufieber in Lodz.

Ueber das denkmallose Lodz ist schon vor Jahren, vor dem Kriege, in der Presse viel geschrieben und gespottet worden, nicht nur in Prosa, sondern auch in Versen.

Und in der Tat, welche Schande! Obwohl Polen schon über ein Jahrzehnt von der russischen Fremdherrschaft befreit ist, besitzt Lodz auch heute noch kein Denkmal, während fast alle übrigen Provinzstädte, selbst die kleinsten, ja auch Dörfer, bald nach dem Kriege sich wenn auch nicht in allen Fällen gleich mehrere, so doch wenigstens ein Denkmal, und zwar ein Kosciuszko-Denkmal, geleistet haben.

Nun aber geht's los! Die Lodzer Stadtväter sind aus ihrem Schlafe erwacht. Lodz soll nicht nur eins, sondern gleich zwei Kosciuszko-Denkmäler erhalten, eins auf dem Freiheitsplatz und das zweite im Sienkiewiczpark. Doch das ist ja erst der Auftakt zum Denkmalbaufieber in Lodz, das gerade jetzt in der kritischen Zeit so impulsiv eingesetzt hat. Das dritte Denkmal, das Lodz erhalten soll, ist das für Boleslaw Chrobry, damit die Republik Polen daran erinnert wird, daß sie einstmals Monarchie war. In anderen Ländern verschmäht man diese Demonstrationen. Wir haben eben unseren eigenen, unseren polnischen Verstand. Der Errichtung dieser drei Denkmäler soll eine ganze Reihe anderer folgen. Und so wird denn Lodz hoffentlich in nicht allzulanger Zeit die ehernen Standbilder der berühmtesten polnischen Kriegs- und Geisteshelden aus der Vergangenheit und vielleicht auch aus der Gegenwart erhalten. All diese Helden, mit Ausnahme von Sienkiewicz und Pilsudski, haben Lodz überhaupt nicht gesehen. Zu Lebzeiten Kosciuszkos und anderer berühmter polnischer Männer der Vergangenheit hat die Stadt Lodz noch gar nicht bestanden. Doch das tut nichts zur Sache. Es sind eben alles um Polen und das polnische Volk verdiente Männer uud müssen daher durch die Errichtung von Denkmälern geehrt werden.

Bei den vielen Denkmalsprojekten einer so großen Stadt wie Lodz müßte man aber auch derjenigen gedenken, denen Lodz seinen so großen Aufschwung in erster Linie zu verdanken hat und die mit der Geschichte der Stadt auf das engste verknüpft sind. Das sind vor Allem Handwerker und die Arbeiter im allgemeinen.

Ein kleiner Anfang ist damit merkwürdiger Weise schon zur Russenzeit im Jahre 1912 bei der in diesem Jahre im Staszicpark veranstalteten Lodzer Gewerbeausstellung gemacht, auf der man ein einen Arbeiter darstellendes Standbild errichtet hat, daß das Symbol der Arbeit verkörpern soll und welches Standbild man erfreulicherweise bis auf den heutigen Tag in diesem Park belassen hat. Dieses Denkmal ist ja schön. Aber es ist klein und ohne jegliche Aufschrift. Es ist nur eine Figur.

Unseres Ermessens müßte ein der großen Industrie und des Gewerbes unserer Stadt entsprechend großes, den Handwerker- und den Arbeiterstand darstellendes Denkmal errichtet werden. Dieses Denkmal müßte auch eine entsprechende Aufschrift tragen. Durch dieses Denkmal müßte vor Allem das Andenken derjenigen Handwerker und Arbeiter geehrt werden, die in den großen Fabrik- und Handwerksbetrieben durch Unglücksfälle den Tod erlitten oder durch Unterernährung und andere Entbehrungen bei ihrer schweren und harten Arbeit in der Blüte ihrer Jahre dahingerafft worden sind.

Wenn man Denkmäler für die Kriegshelden errichtet, so muß man erst recht Denkmäler für die Helden der Arbeit errichten. Wie groß ist doch die Zahl dieser Opfer. Auf wie verschiedene tragische Weise haben die einzelnen ihr Leben eingebüßt. Der eine ist vom Gerüst gestürzt, ein zweiter ist bei der Brunnenarbeit infolge ausströmender Gase erstickt, ein dritter beim Ausschachten von Erde lebendig begraben worden, einen virrten hat der Treibriemen ergriffen, nach der Transmission gezogen und diese hat ihn so lange gegen die Decke geschleudert, bis er nur noch eine leblose Masse bildete. Ferner: An einem Sonntag morgen begaben sich nach einer hiesigen Fabrik drei Arbeiter zum Kesselputzen. Als sie in den Kessel gestiegen waren, fiel der Deckel der Oeffnung zu und konnte nicht geöffnet werden. Niemand vernahm die Hilferufe der Arbeiter. Niemand hatte an sie gedacht. Am Montag morgen erschien der Kesselheizer. In der Meinung, daß alles in bester Ordnung sei, machte er Feuer unter den Kessel. Erst später entdeckte man die Leichen der drei auf so schreckliche Weise ums Leben gekommenen Arbeiter in dem Kessel.

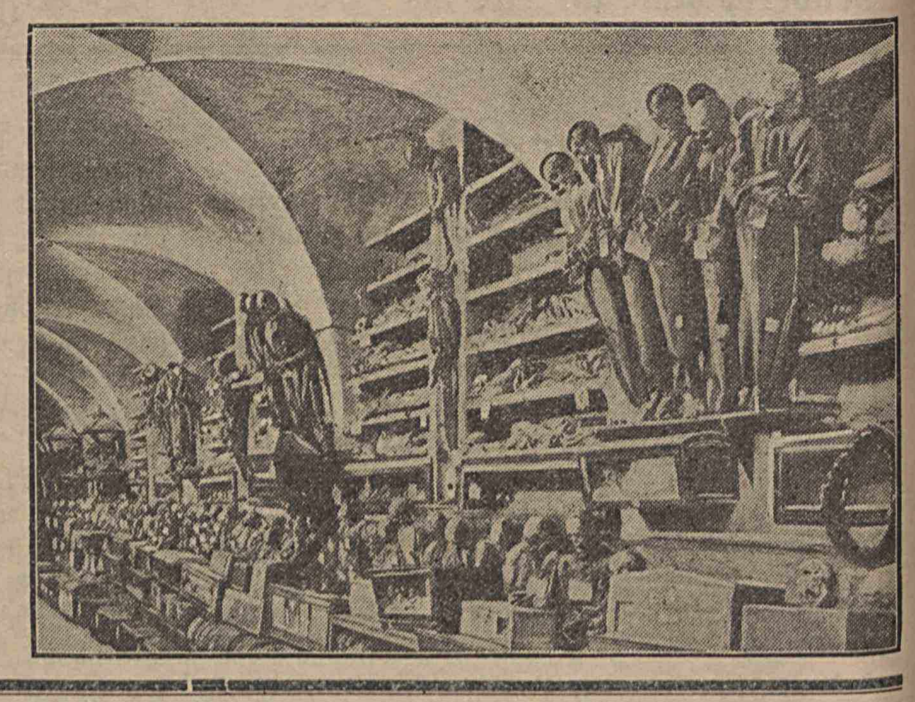
Waren das nicht Helden? Haben diese nicht auch einen schrecklichen Tod erlitten, noch schrecklicher als im Kriege? Es waren nicht nur Helden, sondern auch Märtyrer. Solche gibt es fast alle Tage in unseran Fabriken und sonstigen Betrieben.

Wäre es daher nicht angebracht, daß man den Arbeiterstand im allgemeinen durch die Errichtung eines Denkmals in einer so großen Industriestadt wie Lodz entsprechend würdigt? Was würden wohl unsere Stadtväter zu solch einem Denkmalprojekt sagen?

Resiak.

Totenkultus in der katholischen Kirche.

Die Katakomben in Palermo mit den mumifizierten Skeletten der Kapuzinermönche.



Vereine.

Verein Deutschsprechender Katholiken. Am Mittwoch abend fand in der Aula des Deutschen Gymnasiums an der Kosciuszko-Allee die übliche, von diesem Verein veranstaltete Monatsversammlung deutscher Katholiken statt. Die Aula war bis auf den letzten Platz dicht gefüllt. Die Versammlung wurde mit einem Liede eingeleitet, worauf Herr Kaplan Joachimowski eine Ansprache hielt. Der Redner behandelte in dieser die Frage: „Wozu ein katholischer Verein in einem katholischen Lande?" Er wies darauf hin, daß gerade in katholischen Ländern, wie Polen, Frankreich und selbst Italien der Katholizismus nicht auf der Höhe steht. Er wird in diesen Ländern nur einseitig gepflegt, von einem lebendigen Katholizismus, d. h. in bezug auf die Innigkeit des Glaubens und des Gebets ist dort wenig zu spüren. Der Katholizismus in diesen Ländern bildet daher nur eine Karrikatur. Dies ist ganz besonders in Polen der Fall. Man ist nur äußerlich katholisch, innerlich nicht. Merkwürdig ist auch, daß gerade in Ländern, wie Polen, wo die katholische Religion von dem Staate protegiert wird, von anderer Seite gegen den Katholizismus gekämpft wird. Schuld daran sind die schweren politischen Verhältnisse. Daher sind in solchen katholischen Ländern auch katholische Vereine nötig, die sich die geistliche Pflege und Aufklärung unter ihren Glaubensgenossen zum Ziele setzen. Ganz besonders berechtigt, so führte der Redner weiter aus, ist der Verein Deutschsprechender Katholiken in Lodz, der annähernd 30 000 deutsche Katholiken zählt und die in bezug auf ihre Muttersprache infolge Mangels an entsprechenden Kräften nur sehr mangelhaft geistlich bedient werden. Von diesen 30 000 Katholiken kommen daher nur sehr wenig nach der Kirche, wobei noch der Umstand mitwirkt, daß Lodz eine materialistische Stadt ist.

Nach dieser Ansprache verlas Kaplan Joachimowski den apostolischen Segen, den Papst Pius XI aus Anlaß des heiligen Jahres 1925 den Lodzer Katholiken erteilt und diesen durch die Lodzer Beteiligten an der Pilgerfahrt nach Rom in gedruckter künstlerischer Ausführung und mit seinem Bilde versehen, hat übermitteln lassen.

Während des Abends hielt sodann noch Herr Lehrer Richard Reichert einen interessanten apologetischen Vortrag, während Frl. Peukert die Zuhörer mit vorzüglichem Klavierspiel und die kleine Barcinska mit mehreren Deklamationen erfreute. Den Schluß des Abends bildete die von fünf Damen gelungen ausgeführte Aufführung: „Die Kongregation mein Alles!"

Der zahlreiche Besuch des Abends und das auf diesem Gebotene, erbrachte den Beweis, wie tief die Liebe und Anhänglichkeit zu ihrem angestammten Deutschtum trotz aller Gegenbestrebungen andererseits auch unter den hiesigen deutschsprechenden Katholiken wurzelt.

Deutscher Lehrerverein, Lodz. Am Sonnabend, den 3. Oktober, um 8 Uhr abends, wird Herr Henke im Vereinslokale über den Stoffverteilungsplan von Deutsch, der von einer besonderen Kommission bearbeitet wurde, referieren. Alle werten Kollegen und Kolleginnen, besonders aber diejenigen, die Deutsch erteilen, werden um unbedingtes Erscheinen gebeten, um ihr Gutachten über den Plan abzugeben.

Deutsche Sozialistische Arbeitspartei Polens.

Referentenkurse.

Die Referentenkurse beginnen umständehalber nicht am 4. Oktober, sondern erst am 18. Oktober d. J. Wir bitten die Teilnehmer von obiger Verschiebung Kenntnis zu nehmen.

Der Hauptvorstand.

Die Sitzung des Hauptvorstandes

mußte umständehalber vom 5. auf den 12. Oktober verlegt werden.

Der Vorsitzende.

Achtung, Sportler! Monatssitzung. Am Sonnabend, den 3. Oktober, um 7 Uhr abends, findet im Lokale, Zamenhofa Nr. 17, die übliche Monatssitzung statt, zu welcher alle Mitglieder der Sportsektion eingeladen werden. Das Erscheinen ist Pflicht eines jeden Mitgliedes.

Der Vorstand.

Und dennoch...

Roman von **Hans Reis.**

(Nachdruck verboten.)

(11. Fortsetzung.)

Nachdem man fast eine Stunde geprobt hatte, trat eine Kaffeepause ein.

Jeder der Herren engagierte eine Dame. Annie dirigierte die Sache mit Geschick so, daß sie gerade im entscheidenden Augenblick neben Dohlen stand und er ihr notgedrungen seinen Arm bieten mußte. Ihnen gegenüber saßen Ruth und der dicke Rittmeister. Zu seiner großen Genugtuung war es dem Rittmeister gelungen, dem Staatsanwalt zuvorzukommen.

„Na, wie ist's, Herr Dohlen?" fragte Annie Oertzen, indem ihr mehr pikantes als gerade hübsches Gesichtchen ihn kokett anlächelte. „Finden Sie, daß ich ein großes Talent zur Bühnenkünstlerin besitze? Ja oder nein?"

„Gott, vorläufig macht's ja die Sorma noch besser," gestand er lachend. „Aber deshalb dürften Sie den Mut nicht sinken lassen, gnädiges Fräulein. Sie wissen ja, es fällt kein Meister vom Himmel."

„Wenn alle Stränge reißen, dann nehme ich bei Ihnen Privatunterricht, Herr Dohlen. Alle Tage so ein bis zwei Stunden. Ja, das tue ich. Sie brauchen gar nicht solch ein ungläubiges Gesicht zu machen. Die Kunst und ich, wir müssen schließlich noch ein Herz und eine Seele werden."

„Die Kunst wird sich sicher gewinnen lassen, wenn Sie es so gut mit ihr meinen."

„Oh — sehr gut!" Ihre schwarzen Augen funkelten ihn an. „Uebrigens, was ich fragen wollte ... Meine Freundin Ruth, die hat Talent, nicht wahr?"

„Soviel ich bis jetzt beurteilen kann, besitzt das gnädige Fräulein sogar großes Talent. Sie ist Ihre Freundin?"

„Ja, eine von meinen Freundinnen. Ich habe eine ganze Menge. Ruth und ich sind zusammen eingesegnet und sind auch in gleichem Alter. Finden Sie sie hübsch?"

„Daß Fräulein Maraum eine auffallend hübsche Erscheinung ist, wird wohl niemand bestreiten wollen," gab er gemessen zur Antwort.

„Also auch Sie!" Annie seufzte etwas und sah für einen Moment fast schwermütig aus. „Alle Herren finden Ruth sehr schön," plauderte sie dann weiter. „Für meinen Geschmack ist sie zu blond und zu kühl. Ich bin mehr für das Flotte, Brünette, Lustige. Und Sie, Herr Dohlen, was sagen Sie?"

Er mußte unwillkürlich lachen. Schallehn hatte recht. Dies Fräulein Oertzen war ja in der Tat ein toller kleiner Racker; aber amüsant und lustig, das mußte ihr der Neid lassen.

„Ich bin natürlich auch nur für das Flotte, Brünette, Lustige — wie Sie mein gnädiges Fräulein," sagte er bedeutungsvoll.

Annie strahlte. „Fräulein Maraum wird sich übrigens nächstens verloben," vertraute sie ihm dann hinter der vorgehaltenen Hand an. „Mit dem Rittmeister Golz."

„So . . ." Seine Hand zerknitterte nervös das unschuldige Rollenheft, das vor ihm lag.

„Ja. Es ist nur noch eine Frage der Zeit. Der Präsident ist sehr für diese Partie. Aus Ruth selbst ist ja nicht recht klug zu werden. Zuerst dachte ich immer, sie interessiere sich für den Staatsanwalt Götze — der soll sich nämlich auch um sie bewerben —, aber in letzter Zeit war sie eigentlich immer recht eklig zu ihm. Mir würde ja natürlich der Staatsanwalt besser gefallen! Er ist riesig amüsant und mokant, außerdem soll er unheimlich viel Geld haben. Ach," sie seufzte mit drolliger Wichtigkeit, „ich wünschte, ich wäre auch reich!"

Ruth hörte nur mit halbem Ohr auf die Burschenwitze, die der Rittmeister zum besten gab. Was hatten denn Annie Oertzen und Dohlen nur ewig zu lachen und zu schwatzen? Es schien, als sei der junge Schauspieler in der Gesellschaft der Freundin ein ganz anderer geworden. Ihr sorgloser Uebermut hatte ihn angesteckt. Wie erleichtert atmete Ruth auf, als die Probe endlich wieder ihren Fortgang nahm.

Den Schluß der „Jugendliebe" bildete natürlich die Verlobung des Helden mit der Heldin. Adelheid und Ferdinand alias Ruth und der Staatsanwalt wurden ein Paar. Ihre Verlobung mußte durch Umarmung und Kuß besiegelt werden.

Bei diesem schönen Schluß machte der Staatsanwalt seine Sache entschieden nicht gut, oder vielleicht fürchtete Ruth auch, daß er sie zu gut machen würde; denn jedesmal, wenn er sie an sich ziehen wollte, um den obligaten Theaterkuß zu markieren, entzog sie sich ihm mit einer geschickten Bewegung und wandte das Köpfchen so energisch zur Seite, daß er nur Gelegenheit fand, ihren Nacken und den blonden Haarknoten zu bewundern.

„Aber, mein gnädiges Fräulein, die Sache ist wirklich sehr einfach," meinte Gerhard Dohlen. „Der Herr Staatsanwalt kann Ihnen Umarmung und Kuß ganz gut mit fast ein viertel Meter Distanz zuteil werden lassen. Wenn die Sache geschickt gemacht wird, ist die Wirkung trotzdem täuschend."

„Ein Kuß auf ein viertel Meter Entfernung — famos!" jubelte Annie Oertzen. Der Rittmeister aber brummte in den Bart: „Ein Vergnügen ist das nicht."

„Vormachen! Vormachen! Geschwind vormachen, Herr Dohlen!" Tausend Teufelchen lachten jetzt aus Annies Schelmengesicht.

Er sah zögernd auf Ruth. Wider Erwarten aber war sie einverstanden. „Wenn Sie so liebenswürdig sein wollen," sagte sie ruhig.

(Fortsetzung folgt.)